

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 11

der Abgeordneten Hildegard Bentele (CDU)

aus der 36. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. September 2013 und **Antwort**

Lehramtsreferendariat in Teilzeit

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Durch welche Faktoren wurde die Senatsverwaltung veranlasst eine Teilzeitregelung für das Lehramtsreferendariat einzuführen?

Zu 1.: Für den Berliner Vorbereitungsdienst für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter werde ich eine Teilzeitregelung einführen, um den schon länger vorgebrachten Wünschen aus den Reihen der angehenden Lehrkräfte nachzukommen und um einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung zu leisten.

Derzeit lasse ich die Verordnung für den Vorbereitungsdienst überarbeiten, so dass diese künftig eine familienfreundliche Teilzeitregelung enthalten wird.

Diese Regelung soll parallel mit dem Lehrerbildungsgesetz in Kraft treten, das eine Vereinheitlichung der Ausbildungszeit auf 18 Monate vorsieht.

2. Wie wird sichergestellt, dass trotz Reduzierung des Unterrichtsanteils an der Ausbildungsschule, die Ausbildung den gleichen Erfahrungsschatz aufweist wie beim Vollzeitreferendariat?

Zu 2.: Mit der vorgesehenen Teilzeitregelung wird sich der Vorbereitungsdienst um 6 Monate auf 24 Monate verlängern.

Die Anzahl der zu besuchenden Seminar- und Fachseminarveranstaltungen verteilt sich dann auf die gesamte Ausbildungsdauer. Wer die Teilzeitregelung in Anspruch nimmt, reduziert außerdem den Anteil an Unterricht, der an der Ausbildungsschule zu geben ist, kommt aber insgesamt auf den gleichen Erfahrungsschatz.

Die Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter in Teilzeit erhalten dazu zu Beginn ihrer Ausbildungszeit einen Ausbildungsplan, der sicherstellt, dass die Ausbildung in Umfang und Inhalten der Regelausbildung entspricht.

Berlin, den 30. September 2013

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Okt. 2013)